

Besser als der Lkw-Verkehr

Nachtflüge: „Last- statt Luftpost“, FR-Wirtschaft vom 18. Dezember

Montags wird sowieso keine Post mehr ausgetragen. Also was soll der Zeitdruck bei der Briefverteilung innerhalb Deutschlands? Warum denkt die Post nicht über Nachtverbindungen mit einem Post-Sprinter-ICE nach? Ein ICE ohne Sitze. Verladeklappen wie beim Flugzeug. Zubringerinfrastruktur. Und so weiter. Das alles ist auch umweltfreundlicher als der Lkw-Verkehr. Und so einen ICE in Auftrag zu geben, billiger als ein Flugzeug. Oder? Emil Jacob, Poppenhausen

Ich wundere mich nicht

Kolumne: „Mit oder ohne Fahne“, FR-Meinung vom 17. Dezember

Im Wesentlichen stimme ich Richard Meng zu, bin aber doch letztlich erstaunt über seine Aussagen: Er wundert sich über die Gleichzeitigkeit der DDR-Fahne und dem Plakat der NPD. Nun, Extreme sind sich immer ähnlich. Linke Doktrinen sind oft genauso absolut wie rechte. Auch wenn ich nicht in der DDR gelebt habe, so erscheint sie mir doch als autoritärer Staat.

Rechte Parteien sind autoritärer als andere. Wenn ich nun Autorität gewohnt bin, sie brauche, sie aber „links“ nicht mehr finde, was hält mich davon ab, sie auf der rechten Seite zu suchen, zumal man damit auch noch schön provozieren kann? Durchaus kein wirres Zeitzeichen. Meng spricht davon, dass die Merkel-CDU ihre Bindungskraft verloren habe. Ein Vakuum sei zu erwarten. Nein, wenn man die Historie berücksichtigt. Konrad Adenauer hat nach 1945 die rechts-konservativen oder nationalistischen Kräfte eingebunden. Wenn nun eine Partei wie die CDU (mehr) in die Mitte „schwenkt“, dann macht sie damit die rechte Flanke auf, und es verwundert nicht, dass sich die dortigen Kräfte woanders sammeln. Kein Vakuum. Meng erwähnt „Abgehängte“. Wer hat denn die DDR weitgehend ent-industrialisiert? Warum sind viele wichtige Posten von Westdeutschen besetzt? Finden denn die Ex-DDR-Bürger Gehör?

Ich habe vor längerem in Lübben (sehr schön) Urlaub gemacht. Wenn man aber durch weiter entfernt gelegene Dörfer wanderte, sah man Häuser mit Einfachverglasung, renovierungsbedürftige Dachstühle usw. Ich fragte mich, ob diese Landstriche keine Bundesstagsabgeordneten haben und ob diese den Zustand ihrer Wahlkreise nicht kennen? Ich war erschüttert. Man hat nach der Wiedervereinigung viel Geld in die großen Städte „gepumpt“ und dabei das „platte“ Land vergessen. Man wundert sich darüber, dass sich viele Menschen in den neuen Ländern mit einem demokratischen Staatswesen nicht identifizieren können. Ich nicht! Rüdiger Erdmann, Pattensen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211220

Der personalisierte Kapitalismus

CDU: „Die Ideen des Merz“, FR-Meinung vom 18. Dezember

Dominant, männlich und profitversessen

So wünscht sich also die CDU-Basis die Erneuerung ihrer Parteispitze: älter als Laschet, dominant, männlich und profitversessen. Für die Oberschicht ist das Schaufenster von Friedrich Merz freilich reich bestückt, für die Unterschicht dagegen kahl wie ein englisches Supermarktregal nach dem Brexit.

Joachim Bohndorf, Bensheim

Als Minister würde Merz vieles blockieren

Nachdem nun Blackrock-Merz von der Mehrheit seiner Partei zu deren Vorsitzendem gewählt worden ist, kann die SPD erfreut darüber sein, dass die CDU nicht mehr ihr Koalitionspartner ist, und wir alle können froh sein, dass diese vor allem nicht die leitenden Funktionen von Kanzler:in die Führung im Wirtschaftsministerium stellt. Würde die SPD mit einer CDU und Merz als deren Parteichef koalieren, müsste sie alle Grundsätze seit ihrer Gründung über Bord werfen.

Merz als Wirtschaftsminister und überhaupt als Parteivorsitzender des Koalitionspartners

würde noch viel mehr als Altmaier alles blockieren, was die Großunternehmen auch nur im Entferntesten belasten würde, ob durch eine sinnvolle Reform des Lieferkettengesetzes, ob durch mehr Steuergerechtigkeit, ob durch ein humanes Arbeitsrecht, ob durch Transparenz gegenüber Lobbyisten und vieles andere mehr. Wenn er sich auch nach dem Votum der CDU-Mitglieder als kooperativ hinstellt und nicht als konservativ gelten will, dürfen seine Funktionen bei Blackrock und dem CDU-Wirtschaftsrat keineswegs vergessen werden.

Für seine wahren Einstellungen seien folgende Beispiele genannt: So hat er die Abschaffung der Strafbarkeit bei Vergewaltigung in der Ehe gefordert, dann hat er für die Rente ab 70 plädiert, den Kündigungsschutz für Arbeitnehmer wollte er vollständig abschaffen; ferner hat er gegen die Veröffentlichung von Nebengehältern von Abgeordneten geklagt. Als der frühere Bundestagsabgeordnete Fabio de Masi die vorgenannten Punkte per Twitter veröffentlichte, wollte Merz dies per Klage verbieten lassen, womit er jedoch glücklicherweise vor dem Landgericht Frankfurt scheiterte.

Ob und gegebenenfalls inwiefern Merz die von Stephan Hebel gestellte Frage verstanden hat, welche Variante des Kapitalismus er verteidigen will, wird sich in seinem künftigen Verhalten zeigen. Im ARD-Interview sagte er: „Ich stelle sogar an uns selbst, auch an mich, den Anspruch, die modernste Volkspartei Europas zu sein. Und das werde ich auch ganz konkret zeigen.“ Was er da wohl vorhat? Etwa die Macht sowie den Einfluss der Konzerne und Banken erweitern und diese gänzlich von Steuern befreien? Oder die Rechte von Arbeitnehmern beschneiden? In jedem Fall könnte man ihn als den personalisierten Kapitalismus betrachten.

Peter Boettel, Göppingen

Kümmertes Wahlergebnis

Ich kann mir ein Lächeln nicht verkneifen, wenn ich von der „großen Mehrheit“ für Herrn Merz als CDU-Parteichef lese. Das Ergebnis der Wahl ist in meinen Augen schlicht kümmerlich: Lediglich 41 Prozent der CDU-Mitglieder haben ihm die Stimme gegeben. Insofern habe ich noch nicht alle Hoffnung auf Realpolitik bei der CDU verloren. Gert Gätke, Weilrod

EU-Staaten haben sich selbst entmachtet

Energiecharta: „Schmutziges Schutzschild“, FR-Wirtschaft vom 15. Dezember

Gut, dass es solche Recherche-teams gibt, die den Blick auf Probleme, Konflikte oder wie hier einen fast vergessenen Vertrag lenken, der seine negativen Auswirkungen jetzt richtig zu zeigen droht. Wie kann es sein, dass ein Vertrag – in diesem Fall die Energiecharta (ECT) – zulässt, dass Unternehmen klagen können, wenn sie sich „unfair“ behandelt fühlen, aber ein Staat auf solche Klagemöglichkeit verzichtet? Vor mehr als 25 Jahren war das scheinbar noch möglich, ohne dass Widerstand laut wurde.

Die gleichen Passagen gibt es auch in den Freihandelsabkom-

men der letzten Jahre (TTIP, CETA), also kein Relikt der Vergangenheit. Die Inhalte dieser Verträge wurden zum Glück bekannt. Es gab sehr großen Protest dagegen, so dass sie noch nicht endgültig verabschiedet sind. Die ECT wurde von Deutschland und allen EU-Staaten unterschrieben, um Investitionen in den „neuen Demokratien“ im Osten Europas abzusichern. Das ist ein hehres Ziel, aber wie kann sich ein Staat dabei selbst so einschränken, dass er keine Klimagesetze mehr wagen kann, ohne horrenden Entschädigungen zu riskieren? Davon können kleine Handwerker

und Geschäftsleute hier im Land nur träumen. In seinem Buch „TTIP – Die Freihandelslüge“ kommt Thilo Bode zu einer Frage, die auch zur Energiecharta passt: „warum sich Volksvertreter derart entmachten lassen, warum sie bereit sind, zugunsten bestenfalls winziger wirtschaftlicher Vorteile gravierende Risiken für die Demokratie in Kauf zu nehmen?“ Er zitiert Kurt Tucholsky, der schon vor fast hundert Jahren erkannt hat: „Politik kann man in diesem Lande definieren als die Durchsetzung wirtschaftlicher Zwecke mit Hilfe der Gesetzgebung“.

Angelika Ramhorst, Bad Oeynhausen

Das Geschichtsbewusstsein ist in Konkurs gegangen

Berliner Schloss: „Das Kreuz mit der Schrift“, FR-Feuilleton vom 4. Dezember

Friedrich Dieckmann ist Zeitzeuge der DDR-Kulturgeschichte, Schriftsteller, Bühnenbildner, Dramaturg (u.a. am „Berliner Ensemble“) bis 1976. Wegen kulturellogischer Differenzen seit dem Jahr unter Stasibeobachtung. Später u.a. Autor im Feuilleton der FAZ, z.B. 2001 mit der Thema-Frage: „Kann man Städte heilen?“ Und u.a. 2015, Buch: „Vom Schloss der Könige zum Forum der Republik“. Untertitel: „Zum Problem der architektonischen Wiederaufführung“.

Diese gewiss interessanten Fragen zur Annäherung an das Problem der denkmalwürdigen Dokumentation von überkommener Stadtgestalt und ihrer

Bauwerke als „architektonische Wiederaufführung“ in Relation zum fortschreitenden Bewusstsein über die Relevanz autoritär ausgestellter Macht, stellt hier ein Theatermensch. Man ist versucht, das damit abzutun.

Das wäre unangemessen, verbirgt sich hinter der Frage, ob man „Städte heilen kann“, doch die nicht ernst genug zu nehmende Frage, welchen der lebensbedrohenden Bedingungen für Stadtbewohner*innen in Anbetracht der sich entwickelnden Natur-Klimakatastrophen noch irgendwelche Heilmittel zugänglich sind? Das ist keine Frage der Bewertung oder Wiederbelebung von Historie, das ist Kultur.

Gewiss, die historischen, durch Krieg zerstörten Architekturen können materiell wieder hergestellt werden. Aber: Ist es auch angemessen und gerechtfertigt, dieser imperialen Bauwerksdemonstration (Zitat v. F. Dieckmann in anderem, aber durchaus auch hier zutreffenden Zusammenhang): „unter dem Druck (zahlungskräftiger, selbstschätziger) bürgerlicher Kräfte“ eine goldene, sogar dem Göttlichen zugeschriebene, kaiserliche Kuppelkrone aufzusetzen? Nur weil „Spenden-Geld“ eingegangen und Geschichtsbewusstsein in Konkurs gegangen ist?

Da nützt es auch nichts mehr, wenn diese Schwäre mit ästheti-

scher Salbe und Lichtzauber-Blendwerk geschminkt, durch Umnutzung/Umbenennung und unerfüllbaren Heilsversprechungen schöngeredet wird. Zitat aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung: „Wir entwickeln das Humboldt-Forum als Ort der demokratischen, weltoffenen Debatte“. Immerhin wird schon mal über die Rückgabe von deutschkolonialer Raubkunst (DRK) debattiert!

Die Sinnfrage bleibt: Warum Restituieren, was soll hier noch wachsen, wenn schon die alten Wurzeln verfault sind? Was kann man noch ändern, heilen? Wera traut sich was?

Heinz-A. Hetschold, Witten